

Nach dem 11. September: Ein neues deutsch-russisches Verhältnis?

Christian Meier/Heinz Timmermann

Die terroristischen Anschläge am 11. September haben den deutsch-russischen Beziehungen neue Impulse verliehen – multilateral und bilateral. Auf multilateraler Ebene traf die Neupositionierung Moskaus im Sinne einer weiteren Öffnung gegenüber den europäisch-atlantischen Strukturen auf eine grundsätzliche Bereitschaft des Westens, Rußland fester einzubinden und einschlägigen Absprachen stärkere Verbindlichkeit zu geben. Hierbei hat sich Deutschland im Rahmen von NATO und EU als ein Wortführer jener Staaten profiliert, die dafür eintreten, die entstandenen Chancen zu testen und zu nutzen. Noch steht die Partnerschaft mit Rußland am Anfang und läßt Fragen offen: im Hinblick auf die Entwicklung in Rußland selbst, auf die Konsensfähigkeit der Putin-Linie unter Eliten und Bevölkerung sowie auf eine Regelung des Tschetschenien-Konflikts. In den bilateralen Beziehungen hat Putins Deutschland-Besuch vom 25.-27. September zwar das Bewußtsein über wachsende Abhängigkeiten beider Länder geschärft und die Bestrebungen zu enger und umfassender Zusammenarbeit gestärkt. Insbesondere auf wirtschaftlichem Felde, der zentralen Dimension des deutsch-russischen Verhältnisses, konnte jedoch noch kein Durchbruch erzielt werden – weder bei der Rückzahlung der Transferrubel-Schulden noch bei der Entwicklung modellhafter »Leuchtturmprojekte«. Damit die für einen substantiellen Neuanfang im bilateralen Verhältnis entwickelten Ansätze greifen, bedarf es beharrlicher Anstrengungen beider Seiten.

Das deutsch-russische Verhältnis ist ganz wesentlich geprägt durch die Einbindung Deutschlands in die europäisch-atlantischen Strukturen. Dies vor allem ist der Rahmen, in dem Deutschland seine Beziehungen zu Rußland entwickelt – die bilaterale Ebene, so wichtig sie ist, tritt demgegenüber zurück. Rußland dagegen denkt weiterhin eher in bilateralen Kategorien und tut sich schwer, die wachsende Bedeutung multilateraler

Organisationen wie der EU zu erkennen. Gleichwohl gibt es Anzeichen dafür, daß die EU in Moskau über die wirtschaftliche Dimension hinaus zunehmend auch als politischer und sicherheitspolitischer Akteur gesehen wird. In diesem Rahmen spielt Deutschland als wirtschaftlich stärkster Faktor und politisch treibende Kraft beim Zusammenwachsen Europas in der Strategie Rußlands unter Putin eine zentrale Rolle.

Die multilaterale Komponente der deutsch-russischen Beziehungen

Die Terrorakte vom 11. September und ihre Konsequenzen sowie der anschließende Deutschland-Besuch Putins haben die deutsch-russischen Beziehungen sowie die Beziehungen Rußlands zu den euro-atlantischen Organisationen nicht grundsätzlich verändert. Bereits zuvor hatte Rußland sein Verhältnis zur Atlantischen Allianz normalisiert und dem Verhältnis zur EU und ihren Mitgliedstaaten sogar einen gewissen Vorrang vor allen anderen außenpolitischen Richtungen eingeräumt. Beide Ereignisse haben diese Entwicklungen allerdings stark beschleunigt.

Gleichwohl scheint der Begriff »Strategische Partnerschaft«, wie ihn die EU gegenüber Rußland verwendet, zumindest verfrüht. Denn diese würde – bei einem Abbau noch vorhandener mentaler Asymmetrien und einem hohen Maß an gegenseitigem Vertrauen und Verständnis – dreierlei voraussetzen: (a) weitgehende Übereinstimmung in den Grundwerten und Prinzipien der Demokratie; (b) Kompatibilität der Wirtschaftsordnungen und enge wirtschaftliche Verflechtungen; sowie (c) Nähe oder Übereinstimmung der außen- und sicherheitspolitischen Positionen. Dies aber ist noch nicht der Fall. Somit sollte eher von den Anfängen einer Partnerschaft, einer beginnenden Neugestaltung der Beziehungen gesprochen werden. Sie allerdings erhielten nach dem 11. September durch eine vermutlich über konjunkturelle Interessenpolitik weit hinausreichende und ernstzunehmende Neupositionierung Rußlands wichtige Impulse.

Internationale Neupositionierung Rußlands

Das Interesse Deutschlands richtet sich darauf, Rußland in die euro-atlantischen Organisationen und in kooperative Sicherheitsstrukturen einzubinden und es als aktiven Mitgestalter der internationalen Politik zu gewinnen. Die Voraussetzungen hierfür scheinen günstig: NATO und EU

suchen in der sich wandelnden internationalen Kräftekonstellation eine neue Rolle und durchlaufen tiefgreifende Transformationsprozesse. Rußland seinerseits läßt sich unter Putin von Pragmatismus und realistischer Einschätzung seiner Ressourcen und Möglichkeiten leiten. Unter den Verantwortlichen scheint die Zahl jener zu wachsen, die Platz und Rolle des Landes eher an der Seite der euro-atlantischen Staatengemeinschaft sehen. Vor diesem Hintergrund identifiziert sich Rußland zunehmend als europäisches – und nicht als eurasisches – Land. Zudem zeichnet sich in Moskau eine Tendenz ab, die Beziehungen zur EU zu intensivieren. Die traditionelle Politik des Keiletreibens gegenüber dem Bündnis ist somit in den Hintergrund gerückt, die transatlantische Verankerung der sich erweiternden EU und ihrer Mitgliedstaaten wird von Moskau zunehmend akzeptiert.

Symptomatisch für den Wandel von Sicherheitslage und Sicherheitsperzeptionen in Europa ist die Tatsache, daß Rußland die Aktivierung von Art. 5 des NATO-Vertrags wie selbstverständlich hinnahm. Noch wenige Jahre zuvor wäre die Reaktion gewiß ganz anders ausgefallen. Im Blick auf die NATO kann die Gemeinsamkeit gegenüber dem Feind »Internationaler Terrorismus« vorerst sicher nicht auf die Zuerkennung eines russischen Vetorechts hinauslaufen. Dennoch sollten Überlegungen zur stärkeren operativen Einbindung Rußlands in die Entscheidungsstrukturen der NATO angestellt und dabei zunächst eine Aufwertung des NATO-Rußland-Rats erwogen werden. Dazu gehören: Ausgestaltung der praktischen Kooperation auf militärischem und logistischem Gebiet; gemeinsames Nachdenken über Gefahren, Krisen und Konflikte sowie entsprechende Gegenmaßnahmen; stärkere Verbindlichkeit einschlägiger Absprachen. Rußland sollte das Gefühl vermittelt werden, bei der Entscheidungsfindung als gleichberechtigter Partner behandelt und nicht als Instrument fremdbestimmter Politik in eine Statistenrolle gedrängt zu werden. Denn Mitverantwortung und Mitentscheidung bedingen

einander. Jedenfalls gilt: »Sicherheit in Europa ist ohne Rußland nicht möglich« (BK Schröder).

Die rasche Erweiterung der NATO um die baltischen Staaten, auch im Westen im Hinblick auf den Zeitpunkt nicht unumstritten, trifft in Rußland weiterhin – wenn gleich offenbar abgeschwächt – fast einhellig auf Ablehnung. Gewiß kann Rußland hier kein Veto geltend machen; grundsätzlich stehen die Tore der NATO für die Aufnahme dieser Länder weiterhin offen. Dennoch ist zu bedenken: Sollten die Balten schon 2002 zu Verhandlungen über die NATO-Mitgliedschaft eingeladen werden, könnte die angestrebte vertrauensvolle Kooperation mit Rußland im Kampf gegen terroristische Netzwerke beschädigt werden. Die politisch sinnvollere Lösung wäre ihre Einbeziehung in die Allianz erst dann, wenn aufgrund enger Zusammenarbeit NATO–Rußland so viel Vertrauenskapital angehäuft wurde, daß Rußland einen Beitritt der baltischen Staaten ohne wesentliche Vorbehalte sicherheitspolitisch und emotional akzeptieren könnte.

Die traditionell guten Beziehungen Rußlands zu den »Problemstaaten« des Nahen Ostens (Irak, Iran, Syrien) und Afrikas (Libyen, Sudan) sollten die USA und der Westen insgesamt nutzen – trotz kritischer Einstellung insbesondere Washingtons hierzu –, um zusätzlich zu eigenen Bemühungen über Rußland Botschaften an diese Länder oder einzelne von ihnen zu übermitteln. Der Inhalt sollte in der Aufforderung bestehen, terroristische Netzwerke auf ihrem Territorium zu liquidieren sowie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit dem Westen und Rußland zusammenzuarbeiten.

Der Anreiz für Rußland läge in der zusätzlichen Möglichkeit, als wichtiger Partner der zivilisierten Welt einen genuine und glaubhaften Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus zu leisten, den es mittlerweile selbst als größte Bedrohung für das eigene Land und die internationale Staatenwelt ansieht. Für die Europäer läge der Gewinn bei einem Erfolg entsprechen-

der russischer Aktivitäten in einer Minimierung der potentiellen Gefahr undifferenzierter Angriffe der USA gegen »Problemstaaten«. In längerfristiger Perspektive würde damit zugleich ihr Bestreben gefördert, diese Staaten oder zumindest einzelne aus der Isolierung herauszuführen und die Beziehungen zu ihnen zu normalisieren.

Verklammerung mit der EU

Wiederholt hat Rußland die EU sowie ihre Erweiterung positiv eingeschätzt und der Union enge Zusammenarbeit angeboten – zuletzt Putin in Berlin und Brüssel. Hierin liegt eine große Chance für die Gestaltung gemeinsamer europäischer Räume. »Seit Gorbatschows Bild vom gemeinsamen europäischen Haus hat es keine so deutliche Hinwendung Rußlands zu Europa gegeben« – so Ex-Außenminister Genscher. Putin griff das Bild in Berlin ausdrücklich auf, freilich ohne den Autor Gorbatschow namentlich zu nennen.

Deutschland sollte sein Gewicht für noch engere institutionalisierte Kooperation EU–Rußland sowie für vertiefte inhaltliche Verklammerung verstärkt einsetzen. Zentrale Stichworte sind neben der Terrorismus-Bekämpfung: politische Konsultationen, Handel und Investitionen, Energiepartnerschaft, Transeuropäische Verkehrs- und Kommunikationsnetze, Luft- und Raumfahrtkooperation, kooperative Regelungen für die künftige EU-Enklave Kaliningrad.

Darüber hinaus sollte Deutschland dafür eintreten, die vorgesehenen ständigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Konsultationen EU–Rußland mit der Perspektive einer institutionalisierten Anbindung Rußlands an die ESVP zu verknüpfen. Eine solche Einbindung, die von Moskau angestrebt wird, kann freilich nur in dem Maße erfolgen, wie die Union selbst konzeptionell, institutionell und operativ ihre Identität und ihre Fähigkeiten entwickelt. Mit diesen und weiteren Projekten würde dem entgegengewirkt, was Rußland ganz besonders fürchtet und was auch

nicht in europäischem Interesse liegen kann: einer Vertiefung der Trenngräben in Europa, einer Abkopplung des Landes von den europäischen Integrationsprozessen.

Deutschland und die EU als kritische Partner

Deutschland sollte sich gegenüber Rußland aber nicht nur als Partner profilieren, sondern ggf. auch als Widerpart – dann nämlich, wenn Moskau gemeinsamen europäischen Grundwerten und Prinzipien zuwiderhandelt. Das gilt zum Beispiel für die russische De-facto-Unterstützung des autoritären Lukaschenko-Regimes in Belarus. Sie paßt nicht zur Bildung eines Vertrauensklimas, ohne das – so Putin in Berlin – ein einheitliches Großeuropa nicht möglich ist. Probleme für die angestrebte Partnerschaft entstünden überdies dann, wenn Rußland selbst in strengen Autoritarismus zurückfiele, wenn also die Schere zwischen Offenheit nach außen und Verhärtung im Innern zu groß würde. Die Partnerschaft würde in Deutschland und im Westen allgemein an Zustimmung einbüßen, ihr würden wichtige Grundlagen entzogen.

Schließlich kann die gemeinsame Verurteilung des internationalen Terrorismus keine Billigung der Art und Weise bedeuten, in der Rußland in Tschetschenien vorgegangen ist und weiter vorgeht. Der legitime Kampf gegen terroristische Aktivitäten darf nicht flächendeckende Zerstörungs- und Vernichtungsaktionen einschließen, unterschiedslos auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen und jeden Tschetschenen gleichsam als potentiellen »Kämpfer« identifizieren. Daher sollte westliche Einbindungspolitik in Moskau weiterhin darauf dringen, gegen terroristische Aktivitäten in Tschetschenien selektiv und mit gezielten Schlägen zu antworten, unter Schonung der Zivilbevölkerung. Im übrigen sollte Moskau ermuntert werden, ernsthafte Kontakte mit gesprächsbereiten Repräsentanten Tschetscheniens einzuleiten und nach einer politischen

Lösung des Dauerkonflikts zu suchen. Unter diesen Voraussetzungen sollte die EU ihre Bereitschaft erklären, Wiederaufbauhilfe für die zerstörte Region zu leisten. Das Ausbleiben materieller Förderung nach dem ersten Tschetschenienkrieg hat ganz wesentlich zum wachsenden sozialen Elend und damit zur Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung beigetragen.

Zweifellos schaffen das Ende des Kalten Kriegs und neue Bedrohungen eine neue Lage – so Putin in Berlin. Das bietet Deutschland und seinen Partnern Chancen für eine stärkere und langfristige Einbindung Rußlands. Sie sollten vorbehaltlos getestet werden. Freilich kann es dabei nicht um visionäre Angebote zu rascher Mitgliedschaft Rußlands in NATO und EU gehen (wenngleich eine solche Perspektive auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden sollte – sie offenzuhalten kann schon heute durchaus positive politische Signalwirkung haben). Sinnvoller scheint zunächst die konsequente Nutzung der bestehenden Abmachungen und Verträge wie der Grundakte NATO–Rußland und des Vertrags EU–Rußland über Partnerschaft und Kooperation. Vorschnelle Erwartungen und Euphorie dagegen können auf beiden Seiten nur Enttäuschung und erneute Abkühlung hervorrufen.

Ein riskantes Manöver Putins

Tatsächlich hängen Sicherheit und Zusammenarbeit im euro-atlantischen Raum nicht zuletzt von Verlauf und Charakter der Transformationsprozesse in Rußland sowie von der Rolle ab, die seine Eliten ihrem Land bei der Neugestaltung der Sicherheitsarchitektur in dieser Region beimessen. Hier wäre gerade von seiten Deutschlands als Präferenzpartner zu fragen: Vorausgesetzt, die Neupositionierung Putins gegenüber der euro-atlantischen Gemeinschaft ist ernst zu nehmen – wird er überhaupt in der Lage sein, in Rußland selbst seine neuprofilierter Westpolitik, seine Linie der Annäherung Rußlands an die NATO und der engeren Verklammerung

mit der EU in einem großen Gemeinsamen Haus Europa gegen das konservative Establishment durchzusetzen? Wie sind Umfang und Potential von Zustimmung und Kritik in Regierung, Parlament, Sicherheitsorganen, Wirtschaft und Bevölkerung einzuschätzen? Eilt der Präsident der öffentlichen Meinung womöglich voraus?

Das sind nicht einfach Spekulationen: In der Tat gibt es in Rußland – vorerst freilich eher diffusen – Widerspruch gegen die Verdichtung der Beziehungen zum Westen. Zu nennen sind insbesondere einflußreiche Kreise aus Militär und Militär-Industriekomplex, das »nationalpatriotische« Lager der Kommunisten Sjuganows und der Liberaldemokraten Shirinowskijs, bestimmte Intellektuellen-Segmente aus Politikberatung, Publizistik und Wissenschaft, islamisch geprägte Regionen des Landes. Der Widerspruch dürfte vor allem dann zunehmen, wenn das gegenwärtige Wirtschaftswachstum absinken würde und in eine Rezession überginge. Auch aus dieser Sicht hat der Westen ein vorrangiges Interesse an einem stabilen Wirtschaftsaufschwung in Rußland und sollte ihn, sofern die inneren Voraussetzungen stimmen, umfassend fördern.

Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice hat die Politik Putins als eine historische Wende in den Ost-West-Beziehungen charakterisiert. Sollte dies tatsächlich zutreffen, so benötigt Putin für seine risikoreichen Manöver vom Westen nicht nur verbales Lob, sondern auch konkrete Antworten und vorzeigbare Ergebnisse. Dazu zählt beispielsweise ein Ausgleich der Interessen auf solchen Feldern wie Öffnung der NATO, EU-Erweiterung und ihre Folgen sowie strategische Stabilität. Deutschland sollte hierbei keine Sonderrolle spielen, sondern sich im Rahmen der euro-atlantischen Gemeinschaft als wichtiger Impulsgeber profilieren. (H. T.)

Die bilaterale Komponente der Zusammenarbeit

Die Frage nach einem neuen deutsch-russischen Verhältnis steht nicht erst seit den Ereignissen vom 11. September auf der Tagesordnung, sondern bereits seit dem ersten deutsch-russischen Gipfeltreffen Mitte Juni 2000 in Berlin. Damals verständigten sich Schröder und Putin auf einen breitangelegten, substantiellen Neuanfang in den deutsch-russischen Beziehungen.

Neue Ansätze vor dem 11. September

Markiert wurde der Neuanfang durch fünf Stichworte:

- Bilaterale strategische Partnerschaft im Rahmen der anzustrebenden strategischen Partnerschaft EU-Rußland;
- Intensivierter politischer Dialog;
- Leuchtturmprojekte der Wirtschaftskooperation;
- Einrichtung einer Strategischen Arbeitsgruppe für grundlegende Fragen der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen
- sowie Petersburger Dialog der Zivilgesellschaften.

Bilanziert man den bis zum 11. September 2001 erreichten Stand, so lautet der Kurzbefund:

- Die bilaterale »Strategische Partnerschaft« wird seit dem Frühherbst nicht mehr rhetorisch strapaziert, sondern scheint vorerst in der Rubrik »Langfristige Ziele, die viel strategische Geduld erfordern«, abgespeichert worden zu sein. Im Vordergrund steht die Erweiterung und Vertiefung einer auf pragmatische Zusammenarbeit gegründeten Partnerschaft.
- Der intensivierter politische Dialog funktioniert zwar auf der Ebene Schröder-Putin und der wichtigsten Fachministerien. Doch bleibt er hinter den Erwartungen zurück, weil entweder die Interessen divergieren oder interne Entscheidungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind.
- Die ins Auge gefaßten Leuchtturmprojekte der Wirtschaftskooperation von namhaften deutschen Unternehmen, wie

etwa Wintershall, lassen bislang noch keinerlei Strahlkraft erkennen.

- Die Verhandlungen in der Strategischen Arbeitsgruppe über ein neues Rückzahlungsmodell für die sowjetischen Transferrubelschulden sind festgefahren, die Gegensätze bislang unüberbrückbar.
- Der Petersburger Dialog der Zivilgesellschaften ist über eine erste gesellschaftliche Tuchfühlung nicht hinausgekommen und von seinem angestrebten Vorbild, den deutsch-englischen »Königswinter-Gesprächen«, noch weit entfernt.

Die neuen Ansätze gilt es, trotz der erkennbaren Schwierigkeiten konsequent und beharrlich weiterzuverfolgen. Daran ändert auch der 11. September nichts. Gleichwohl wird derzeit die deutsch-russische Agenda zusätzlich in einer Weise mit multilateralen Themen überfrachtet, wie es bislang so nicht der Fall gewesen ist. Daraus ergibt sich für die deutsche Politik und Diplomatie gleichermaßen eine Reihe neuer Aufgaben, die zügig und entschlossen anzugehen sind.

Zusätzliche neue Aufgaben

Eine *erste Aufgabe* besteht darin, daß sich die Bundesregierung mit realistischen und tendenziell im deutsch-russischen Dialog abgestimmten Vorschlägen in den Diskussionsprozeß über die zweckmäßigste Form der Einbindung Rußlands in die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen einbringt. Eine gute Diskussionsgrundlage dafür sind die Denkanstöße von Verteidigungsminister Scharping zu einem Ausbau des NATO-Rußlandrates. Zu prüfen wäre nicht nur die Schaffung permanenter Strukturen, etwa durch Einrichtung eines Gemeinsamen Sekretariats, sondern auch die Einbeziehung Rußlands in den Entscheidungsprozeß für klar definierte Aufgaben, die nicht unter den Artikel 5 des NATO-Vertrags fallen, wie humanitäre Einsätze. Vorstellbar ist zudem, die sehr breit gefaßte Grundakte auf besonders wichtige Schwerpunktbereiche, zum Beispiel Konfliktverhü-

tung, Proliferation, internationalen Terrorismus und nukleare Sicherheit, zu fokussieren.

Scharpings Empfehlungen heben sich positiv ab von diffusen Mutmaßungen über eine NATO-Mitgliedschaft Rußlands in ferner Zukunft, die auch für die Moskauer Führung bei allem Kokettieren damit kein prioritäres Anliegen sein dürfte. Mit Blick auf Kaliningrad, das nach dem EU-Beitritt Polens und Litauens eine russische Enklave in der EU sein wird, ist eine Einbeziehung Rußlands in die bestehende militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den baltischen Staaten denkbar. Ein deutsch-russisches Zusammenwirken bei Ausbildung und Übungen zwischen deutschen und in Kaliningrad stationierten russischen Einheiten dürfte auf keine nennenswerten Schwierigkeiten stoßen. Im deutschen Interesse liegt auch eine stärkere Beteiligung Rußlands an gemeinsamen militärischen Vorhaben der Ostsee-Anrainerstaaten. Dies gilt insbesondere für die von den Verteidigungsministern Deutschlands und Schwedens Mitte Juni 2000 ins Leben gerufene »Kieler Initiative«, die ein regionales Zusammenwirken in Krisen- und Katastrophenfällen gewährleisten soll und zu der Moskau offiziell eingeladen worden ist.

Eine *zweite Aufgabe* besteht darin, daß die Bundesregierung, die sich bekanntlich in der Rolle eines Motors und Impulsgebers der Rußlandpolitik der EU sieht, die bilateralen Beziehungen dort, wo es geboten ist, für die Implementierung multilateraler Absprachen instrumentalisiert. Das betrifft die Nutzung des deutsch-russischen Dialogs für die Ermittlung von gemeinsamen Inputs für die High-Level-Group, die bis Oktober 2003 das Konzept für einen Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum unter Einbeziehung Rußlands erarbeiten soll.

Unabhängig davon gilt es, den politisch-ökonomischen Modernisierungsdruck auf Rußland zur Verbesserung seiner Kooperationsfähigkeit mit den EU-Partnern aufrechtzuerhalten. Hier kommt es darauf an, nicht nur die institutionellen Reformen,

insbesondere im Bankenbereich, und den strukturellen Umbau der russischen Wirtschaft voranzutreiben, sondern auch die Zusagen für die Entbürokratisierung der bilateralen Wirtschaftskooperation einzulösen. Nur so besteht eine Chance, daß es mittelfristig neben dem Handel einen zweiten Stützpfeiler in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen geben wird. Denn bislang sind nach Auskunft Putins die jährlichen deutschen Direktinvestitionen in Rußland zweieinhalb- bis dreieinhalbmal geringer als in Tschechien, Ungarn oder China und vier- bis sechsmal niedriger als in Polen.

Wirkungsvoll flankiert werden sollte der Modernisierungsdruck durch Angebote für Modernisierungspartnerschaften, wie sie der Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft vorgeschlagen hat. Moskau ist davon zu überzeugen, daß die Devise »Europäisch reden, aber im vertrauten russischen Sinne handeln« seinen Interessen nicht dienlich ist. In einem anderen Zusammenhang, und zwar mit der Tschetschenien-Frage, sollte für die deutsche Seite die Devise gelten: Zwar differenziert darüber reden, aber keine Indifferenz in der Einstellung dazu erkennen lassen.

Eine *dritte Aufgabe* besteht darin, in den bündnisinternen Gesprächen, vor allem mit der Bush-Administration, sicherzustellen, daß durch unerfüllbare Verheißungen gegenüber Moskau die Glaubwürdigkeit europäischer und deutscher Kooperationsangebote nicht unterminiert und die von Putin betriebene Westorientierung Rußlands nicht diskreditiert wird. Gemeint sind hier die vorschnellen Prognosen aus dem amerikanischen Handelsministerium, daß ein WTO-Beitritt Rußlands bereits im Jahre 2002 möglich erscheinen könnte, obwohl allseits bekannt ist, daß dies auf die Einräumung von Sonderkonditionen hinauslaufen müßte. Dies wünscht Rußland zwar, aber eine entsprechende Bereitschaft unter den maßgeblichen WTO-Mitgliedern ist nicht einmal ansatzweise zu erkennen. Realistisch erscheint dagegen der EU-Vorschlag, einen Zeitplan abgestimmter

Schritte zu erarbeiten, um die Genfer Verhandlungen über einen WTO-Beitritt Rußlands zu beschleunigen.

Die spezifische Form einer deutschen Hilfestellung hierbei sollte auch Gegenstand des deutsch-russischen Dialogs sein. Denkbar wäre eine breitgefächerte technische Beratungshilfe bei der Vorbereitung russischer Gesetzesvorhaben. Dafür müßte allerdings ein spezieller Organisationsrahmen geschaffen werden, falls die Bundesregierung an ihrer Entscheidung festhalten sollte, das bislang geltende TRANSFORM-Programm für Rußland in Zukunft nicht mehr weiterzuführen. Im Falle zügiger Fortschritte bei den WTO-Beitrittsverhandlungen könnte die deutsche Seite ihren Einfluß geltend machen, daß parallel dazu bereits erste Sondierungen über die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und Rußland aufgenommen werden, die im bilateralen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen vorgesehen ist.

Das deutsche Augenmerk sollte sich außerdem darauf konzentrieren, Rußland im internationalen Rahmen zur Anerkennung als vollwertige Marktwirtschaft zu verhelfen. Das würde Moskau bereits im Vorfeld eines WTO-Beitritts Handelsvorteile bringen und obendrein den Weg für eine Mitgliedschaft Rußlands in der OECD erleichtern. Sie wird aber von Moskau bislang eher als zweitrangig eingestuft.

Eine *vierte Aufgabe* besteht darin, darauf hinzuwirken, daß die Einbindung Rußlands in die von den USA geführte Allianz gegen den internationalen Terrorismus nicht auf deutsche Kosten erfolgt. Gemeint ist die Regelung der sowjetischen Altschulden. Ein von Moskau immer wieder geforderter und offenbar auch in Washington angedachter Teilschuldenerlaß ist weder innenpolitisch vermittelbar noch finanzpolitisch vertretbar. Die russischen Wirtschaftsdaten lassen bislang eine pünktliche und umfassende Schuldenbedienung zu. Nur bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage Rußlands hat Bundeskanzler Schröder zu Recht eine finanzielle Marscherleichterung in Aussicht gestellt. Erforder-

lich ist aber Kreativität in einem Teilbereich, nämlich bei der Entwicklung eines Rückzahlungsmodells für die Transferrubelschulden.

Der Grund dafür ist, daß die Chancen für eine Debt-Equity-Swaps-Regelung nicht sehr aussichtsreich sind. Abgesehen von den Meinungsverschiedenheiten über technische Einzelfragen, wie den Umrechnungskurs von Transferrubel zu US-Dollar, nimmt auf beiden Seiten grundsätzlich die Zustimmung zu diesem Modell ab. Deshalb hat die Bundesregierung entschieden, sich in der Angelegenheit nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen und frühestens für die fünften deutsch-russischen Regierungskonsultationen auf höchster Ebene, im Frühjahr 2002 in Weimar, eine Regelung ins Auge zu fassen.

Umgekehrt sollte auch die Bundesregierung keinen Verdacht aufkommen lassen, die zweite Osterweiterung der NATO um die baltischen Länder ad infinitum aufzuschieben oder sie überhaupt auf dem Altar der Verständigung mit Rußland opfern zu wollen. Vielmehr sollten auf deutscher Seite Vorstellungen darüber entwickelt werden, wie dieser Schritt unter Wahrung russischer Sicherheitsinteressen und im Zuge umfassender Vertrauensbildung vollzogen werden könnte.

Eine *fünfte Aufgabe* besteht schließlich darin, der russischen Seite deutlich zu machen, was weder heute noch in Zukunft auf der Agenda deutsch-russischer Beziehungen stehen kann. Dies betrifft den Vorschlag Putins, Europa respektive die EU durch eine Vereinigung mit dem breitgefächerten Ressourcenpotential Rußlands von einem regionalen zu einem globalen Mitspieler in einem multipolaren System der internationalen Beziehungen zu transformieren. In der Tendenz könnte ein solches Vorhaben darauf hinauslaufen, Europa mit Rußland als einen Gegenpol zu den Vereinigten Staaten in der Weltpolitik zu positionieren. Ob diese russische Empfehlung eine tragfähige Grundlage für ein deutsch/europäisch-russisches Zusammenwirken sein kann, ist mehr als zweifel-

haft, weil sie den Interessen der deutschen Politik zuwiderliefe.

Doch ungeachtet dessen gibt es aufgrund der Ergebnisse des jüngsten EU-Rußlandgipfels vom 3. Oktober 2001 gute Chancen dafür, durch zielstrebiges Zusammenwirken auf den bisherigen und den neuen Kooperationsfeldern die Voraussetzungen für eine substantielle Partnerschaft zwischen der EU und Rußland in nicht ferner Zukunft zu schaffen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei in jedem Falle eine funktionsfähige deutsch-russische Partnerschaft.

Ausblick

Der Katalog bestehender und neuer Aufgaben ist sicherlich nicht erschöpfend. Er markiert aber bereits ein beträchtliches Arbeitspensum. Seine Erfüllung erfordert in Einzelbereichen nicht nur grundlegende Entscheidungen auf beiden Seiten, vor allem auf russischer Seite. Sie erfordert auch eine Abstimmung der jeweiligen Positionen der Bundesregierung mit den westlichen Bündnispartnern. Bereits die Zwischenergebnisse werden Aufschluß darüber geben, mit welchem Entwicklungsszenario in den deutsch-russischen Beziehungen künftig zu rechnen sein dürfte. (Chr. M.)